

Nachtrag zur Sitzung vom 18. Mai 2010

1. **Protokolle**
2. **Anträge**
3. **Ini-Antrag**

Rechenschaftsberichte (extra)

1. Protokolle

a) Anträge zur Vollversammlung am 12. Mai 2010

(alle als Empfehlung an StuPa, AStA, da Vollversammlung nicht beschlussfähig)

Unterstützung der Bildungsproteste auch im Sommersemester

(mit deutlicher Mehrheit bei wenigen Enthaltungen angenommen)

Solidarisierung mit Intelligenzija

(einstimmig angenommen)

1000 Euro für Aktionen, Veranstaltungen etc. zur Lehrbeauftragten-Problematik

Debatte über Sinnhaftigkeit eines solch offenen Antrags (pro: Zeichen setzen; contra: Gelder können nur mit konkreter Projektbeschreibung freigegeben werden)

Abstimmung über Behandlung: angenommen

Jakob: Beschränkung auf Intelligenzija (**Ä-Antrag mehrheitlich abgelehnt**)

Ursprungsantrag: mehrheitlich angenommen bei wenigen Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen

b) Protokoll der außerordentlichen Stupa-Sitzung vom 12. Mai 2010

Anwesend: Franziska Leppin, Christian Kroll, Christian Schäfer, Jakob Weißinger, Björn Ruberg, Jürgen Stelter, Franziska Neuhäuser, Hanno Schäfer, Claudia Fortunato, Steffen Brumme, Matthias Wernicke, Katja Zschipke, Alexander Gayko, Andreas Vick, Roman Gentkow, Janette Kluge, Hannes Ortmann, Juliane Meyer

Tagesordnung und Beschlusslage:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

- a. Beschlussfähigkeit festgestellt
2. Bestätigung der Empfehlung der Vollversammlung
 - a. Blockabstimmung vorgetragen – ohne Gegenrede angenommen
 - b. Abstimmung über die 3 VV-Anträge: bei einer Enthaltung angenommen
3. Ende der Sitzung

2. Anträge

a) Antrag von Juliane Meyer, Steffen Brumme, Matthias Wernicke, Mathias Kern, Jürgen Stelter und Jakob Weissinger über eine Stellungnahme zur Novellierung des BbgHG

Positionierung des Studierendenparlaments UP zur Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes

Das Studierendenparlament begrüßt, dass die Landesregierung Konsequenzen aus dem Bildungstreik gezogen hat, und eine Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes anstrebt. Allerdings befürchten wir, dass diese Chance nicht im gewünschten Maße genutzt wird und wichtige und seit Jahren von den Brandenburgischen Studierendenschaften geforderte Veränderungen erneut nicht berücksichtigt werden. Die Fehlentwicklungen der Vergangenheit beruhen aber genau auf der fehlenden Beachtung studentischer Positionen. Aus diesem Grund sprechen wir uns ein weiteres Mal für essentielle Verbesserung des Hochschulgesetzes aus und fordern die Landesregierung sowie alle Landtagsfraktion auf, diese im Gesetzgebungsprozess zu berücksichtigen:

1. Rechtsanspruch aller Bachelorabsolventinnen und -absolventen auf einen Masterstudienplatz

Die Zugangsvoraussetzung für alle Masterstudiengänge darf lediglich ein sog. berufsqualifizierender Hochschulabschluss sein. Die Festlegung von weiteren besonderen Zugangsvoraussetzungen soll nicht möglich sein. Die Hochschulen sind verpflichtet, ihre Kapazitäten konsequent auszunutzen, um in der Wirkung der Berliner Regelung gleichzukommen.

Hierfür ist § 8 Absatz 6, Satz 2 ersatzlos zu streichen.

2. Ausbau der Hochschuldemokratie

Die Entscheidungsbefugnisse der akademischen Selbstverwaltungsgremien müssen gegenüber der Präsidialebene gestärkt werden. So können die nach Mitgliedergruppen zusammengesetzten Entscheidungsgremien der akademischen Selbstverwaltung nicht einmal, wie in allen Parlamenten üblich, den Haushaltsplan der Hochschulen beschließen. Dieses

Beispiel zeigt die Notwendigkeit grundsätzlicher Veränderungen der Beteiligungsregelungen. Auch ohne größere Neukonzeptionen lassen sich allerdings folgende Punkte sofort umsetzen:

1. Die professorale Mehrheit ist nur bei unmittelbarer Betroffenheit von Lehre und Forschung laut Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts zwingend. Darüber hinausgehende unnötige Restriktionen der demokratischen Beteiligung an Hochschulen sollte der Brandenburgische Gesetzgeber zurücknehmen.

§ 59 Absatz 1, Satz 5 wie folgt ergänzen (**Ergänzung ist fett gedruckt**):

*„In nach Mitgliedergruppen zusammengesetzten Entscheidungsgremien verfügen die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer bei der Entscheidung in Angelegenheiten, die **unmittelbar** die Lehre mit Ausnahme der Bewertung der Lehre betreffen, mindestens über die Hälfte der Stimmen, in Angelegenheiten, die **unmittelbar** die Forschung, künstlerische Entwicklungsvorhaben oder die Berufung von Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren unmittelbar betreffen, über die Mehrheit der Stimmen.“*

2. Um die Kompetenzen von Senat bzw. Fachbereichsrat in demokratischer Verantwortung zu belassen, müssen mindestens § 62 und § 70 ergänzt werden.

§ 62 Absatz 2 sowie § 70 Absatz 2 jeweils direkt nach der Aufzählung der Aufgaben ergänzt werden durch:

„Diese Aufgaben können nur von nach Mitgliedergruppen zusammengesetzten Gremien gemäß § 59 und § 60 übernommen werden.“

3. Ebenfalls ohne größere Neukonzeptionen wäre ein demokratisches Bekenntnis zur von uns geforderten viertelparitätischen Stimmverteilung in allen Entscheidungstatbeständen, die nicht unmittelbar die Lehre und Forschung betreffen, durch eine Ergänzung von § 59 einfach möglich.

§ 59 Absatz 1 ergänzen durch:

„In allen sonstigen Angelegenheiten verfügen alle Mitgliedergruppen über ein Viertel der Stimmen.“

3. Zwangsexmatrikulation

Wir lehnen die Regelung zur Zwangsexmatrikulation nach Fristablauf grundsätzlich ab.

§ 20 Absatz 2, Satz 1, 2. Alternative („die Prüfung nicht innerhalb einer in der Prüfungsordnung zu bestimmenden Frist erfolgreich abgelegt“) ist ersatzlos zu streichen.

4. Teilzeitstudium

Eine gesetzliche Verpflichtung der Hochschulen zur Schaffung eines semesterweise wählbaren Teilzeitstudiums für alle Studiengänge ist notwendig.

§ 17 Absatz 4, Satz 3 (nach Satz 2 wird der folgende Satz 3 eingefügt):

„Die Hochschulen richten darüber hinaus die Möglichkeit der Immatrikulation und Rückmeldung als Teilzeitstudierende ein.“

5. Abschaffung verdeckter Studiengebühren

Verdeckte Studiengebühren in Form von Immatrikulations- und Rückmeldegebühren sollen abgeschafft werden.

§ 13 Absatz 2 ist ersatzlos zu streichen.

Prüfungsgebühren sowie Gebühren für Eignungsfeststellungsverfahren, wie z.B. für künstlerische und sportwissenschaftliche Studiengänge sind verdeckte Studiengebühren.

Ergänze § 20 Absatz 6:

„Hochschulprüfungen sind ausnahmslos gebührenfrei. Dies betrifft auch alle Eignungsfeststellungsverfahren.“

6. Teilhabe der Studierenden am Evaluationsprozess

Die demokratische Teilhabe der Studierenden am Evaluationsprozess, insbesondere bei der Festlegung der Evaluationskriterien, soll durch verbindliche Festlegung der Stimmrechte der Studierenden von mindestens einem Drittel der Stimmen gesichert werden.

§ 25 Absatz 2, Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Studierenden wirken bei der Evaluation von Lehre und Studium, insbesondere bei der Festsetzung von Qualitätszielen, Kriterien, Instrumenten oder Fragestellungen stimmberechtigt mit. Sie verfügen in diesen Angelegenheiten über ein Viertel der Stimmen.“

Der bisherige Satz 3 wird zu Satz 4, der bisherige Satz 4 zu Satz 5.

In einer Neukonzeption der Beteiligungsstruktur ist die Beteiligung nach Betroffenheit der Mitgliedergruppen auszurichten.

7. Rechtssicherheit der Studierendenschaft stärken

Durch die gesetzliche Ermöglichung der Stellungnahme der Studierendenschaft zu Fragestellungen, die sich mit der gesellschaftlichen Aufgabenstellung der Hochschulen, sowie mit der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Abschätzung ihrer Folgen für die Gesellschaft und Natur befassen, wird die unnötige Rechtsunsicherheit der Studierenden beseitigt.

§ 15 Absatz 1 wird entsprechend Hochschulrahmengesetz (HRG) § 41 Absatz 1, Satz 3 und 4 wie folgt ergänzt:

„Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Studierendenschaft insbesondere auch zu solchen Fragen Stellung beziehen, die sich mit der gesellschaftlichen Aufgabenstellung der Hochschulen sowie mit der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Abschätzung ihrer Folgen für die Gesellschaft und die Natur beschäftigen. Die Studierendenschaft und ihre Organe können für die Erfüllung ihrer Aufgaben Medien aller Art nutzen und in diesen Medien auch die Diskussion und Veröffentlichung zu allgemeinen gesellschaftlichen Fragen ermöglichen.“

8. Miteinbeziehung der Brandenburgischen Studierendenschaften in den Hochschulgesetzgebungsprozess

Über Änderungen des Gesetzes sowie andere die Hochschulen unmittelbar betreffende Gesetzes- und Verordnungsentwürfe werden die Brandenburgischen Studierendenschaften frühzeitig informiert, außerdem wird ihr ein Anhörungsrecht im Wissenschaftsausschuss garantiert.

§ 15 Absatz 6 wird ergänzt durch:

„Die Studierendenschaften werden in den Hochschulgesetzgebungsprozess mit einbezogen. Über Änderungsvorhaben der Landesregierung dieses Gesetz betreffend sowie andere die Hochschulen unmittelbar betreffenden Gesetzes- und Verordnungsentwürfe werden die Studierendenschaften frühzeitig informiert. Die Landeskonzferenz der Studierendenschaften besitzt ein Anhörungsrecht im für Wissenschaft zuständigen Ausschuss des Landtages.“

b) Antrag von Andreas Kellner auf Umbenennung der Universität

Hiermit beantrage ich, daß die Studentische Selbstverwaltung in Publikationen und in der Öffentlichkeit die UP als Karl-Liebknecht-Universität bezeichnet. Vorbild hierfür soll die Karl-Marx-Universität in Trier sein. Es geht nicht darum, sich mit Verwaltungsstellen für eine offizielle Umbenennung herumzuzürgern sondern einfach endlich mal selber anzufangen! Ich denke, über Karl Liebknecht brauche ich nicht mehr so viel erklären. Nur vielleicht zur Erinnerung: Im Kaiserwahlkreis Potsdam hat er das Reichstagsmandat gewonnen und als einziger Reichstagsabgeordneter gegen die kaiserlichen Kriegskredite gestimmt.

Eine (inoffizielle) Benennung durch die Studierendenvertreter der Universität böte die Möglichkeit, sich weiter mit seiner Biographie in Reflektion auf dessen und unsere Zeit auseinanderzusetzen. Durch diesen Beschluß wird das StuPa-Präsidium sowie der AStA verpflichtet, als Absender, in Briefköpfen, auf Stempeln und so weiter die "Karl-Liebknecht-Universität" zu führen. Der AStA wird außerdem verpflichtet, in Anlehnung an das Konzept des Unishops entsprechende KLU-Souvenirs zeitnah bereitzustellen. Diese müssen preisgünstiger als vom Unishop sein.

Kosten entstanden durch Umsetzung dieses Antrags bekanntlich nicht. Außer vielleicht für einen neuen AStA-Stempel. Das StuPa hat diesem Antrag unter der Bedingung zugestimmt, daß zuerst eine Umfrage unter den Studierenden durchgeführt werden solle, wie die Uni denn nun zu heißen habe. Hierfür sollte folgende Fragestellung genutzt werden:

Wie soll unsere Universität durch die studentischen Gremien genannt werden:

- Karl-Liebknecht-Universität
- Universität Golm
- Sonstiges

c) Antrag von Andreas Kellner auf Änderung der Satzung der Studierendenschaft

Wie Ihr wißt, ist die Hochschulpolitik für Außenstehende etwas diffus und schwer zuzuordnen. Politik muß für eine bessere demokratische Teilhabe direkt mit ihren persönlichen Repräsentanten verbunden sein, um Verantwortlichkeiten zuordnen zu können. Es braucht Gesichter und eine zentrale Instanz, wie es überall sonst (Unipräsidentin, Ministerpräsident etc.) auch üblich ist. Hierfür ist eine kleine Satzungsänderung der StuPa-Satzung notwendig, wie sie die Vollversammlung beschließen kann.

Hiermit beantrage ich folgende Satzungsänderung der StuPa-Satzung in den §§ 3 und 4:

§ 3 Wahl des Präsidiums

- (1) Die wahlberechtigten Studierenden der Universität Potsdam wählen in direkter Personenwahl eine oder einen StuPa-Präsidenten. Streiche Punkt 2
- (3) Gewählt ist der-/diejenige Kandidat/in, welche/r am meisten Stimmen der Studierenden der Uni Potsdam auf sich vereinigen kann.
- (4) Der StuPa-Präsident oder Präsidentin wählt sich zwei Stellvertreter, zu dritt bilden sie das Präsidium.
- (5) Das neu gewählte Präsidium eröffnet offiziell die neue StuPa-Legislatur und übernimmt die Leitung der StuPa-Sitzungen.
- (6) Soweit nichts anderes bestimmt ist, verfährt das Studierendenparlament bei jeder Personenwahl nach dem Muster von Punkt

§ 4 Präsidium

- (1) Das Präsidium besteht aus drei Personen, dem Präsidenten oder der Präsidentin sowie seinen/ ihren beiden Stellvertretern.
- (2) Das Präsidium leitet die Arbeit des Studierendenparlaments und vertritt das Studierendenparlament nach außen. Es eröffnet die neue StuPa-Legislatur, bestätigt formal die AStA-Wahl, kann AStA und StuPa auflösen und Neuwahlen einberufen.

(3) Das Präsidium bestätigt Beschlüsse von AStA und StuPa durch eine zu leistende Unterschrift. Bleibt diese aus, werden die entsprechenden Anträge zur Neubearbeitung in die Gremien zurückverwiesen.

3. Ini-Antrag

Das Studierendenparlament der UP fordert das Präsidium der UP auf, nicht in den demokratischen Prozess der studentischen Selbstverwaltung einzugreifen. Insbesondere soll in Zukunft eine einseitige Veröffentlichung von Wahllisten auf Publikationsorganen der Universität (Homepage der Universität und Portal) unterbleiben. Das StuPa-Präsidium setzt das Präsidium der UP von diesem Beschluss in Kenntnis.

Begründung: In den vergangenen Wochen wurde sowohl auf der Homepage der UP als auch in der Portal Bewerbung für eine Wahlliste bzw. deren Veranstaltungen veröffentlicht – dadurch wird von Seiten der Universität einseitig in den demokratischen Prozess der Studierendenschaft eingegriffen.

Antragsteller:

Steffen Brumme (BEAT), Andreas Vick (ShineUp) und Mattias Wernicke (BEAT)